

Keine Bundesratsbeteiligung

Autor(en): **Vogel, Hans**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **9 (1929-1930)**

Heft 4

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-330228>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

ROTE REVUE

SOZIALISTISCHE MONATSSCHRIFT

HERAUSGEBER: SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DER SCHWEIZ

Keine Bundesratsbeteiligung.

Von *Hans Vogel*.

Anhänger und Gegner der Bundesratsbeteiligung wollen für die Partei das Beste. Bei beiden ist der Gedankengang maßgebend, die Partei vorwärts zu bringen. Die Anhänger versprechen sich von der Bundesratsbeteiligung vermehrten Einfluß auf die Gesetzgebung, Macht- und Kampferweiterung, damit Vertrauensgewinn bei den noch unaufgeklärten Volksmassen, neuen Zustrom zur Partei. Da und dort mag auch die Hoffnung mitspielen, jene linksstehenden Angestellten- und Beamtenkreise, die den Weg zur oppositionellen Klassenkampfpartei noch nicht gefunden haben, würden ihn finden zur Partei der Mitverantwortung und Mitregierung.

Die Gegner der Bundesratsbeteiligung bezweifeln diesen Gewinn, der, wenn er eintritt, der Partei mehr Arrivisten als bewußte Klassenkämpfer für den Sozialismus bringen wird. Die Abneigung revolutionärer Parteien gegen eine teilweise Uebernahme der Regierung ist übrigens alt. «*Jacobin ministre n'est pas ministre Jacobin!*» hieß es schon in der großen Französischen Revolution. Immer war die gleiche Furcht wegleitend, die Furcht vor dem Nachlassen des revolutionären Elans, die Furcht, die Mitverantwortlichkeit breche die Unabhängigkeit der Oppositionsstellung, die Furcht auch vor den Schmarotzern, die sich an die Rockschöße der Regierungspartei hängen und deren reinen Ziele trüben.

Sicher ist, daß die schweizerische Sozialdemokratie nicht auf die Machterweiterung durch Bundesratsbeteiligung warten mußte, um die stärkste Landespartei zu werden. Sie ist es meines Erachtens geworden, weil sie nicht im Bundesrat vertreten, nicht mitverantwortlich für die Bundesratspolitik war, nicht mit den Sünden dieser Politik belastet werden konnte. Sozialistisch stimmen ist zu einem Programm geworden für die, die nicht mit

der Bundesratspolitik einverstanden sind. Sie würdigen unsere Gegnerschaft, prüfen unsern oppositionellen Standpunkt, — wie wird es sein, wenn wir diese reine Trennung nicht mehr machen können?

In allen andern Ländern, wo sich die teilweise Uebernahme der Regierung für die Sozialdemokraten stellte, hat man entweder die Uebernahme abgelehnt (Frankreich) oder sich nur schweren Herzens dazu entschlossen. Man sagt, für die Schweiz sei die Sache einfacher, weil wir hier die Verantwortlichkeit der Gesamregierung nicht kennen, der Sozialdemokrat also nicht für die Taten der bürgerlichen Bundesräte haftbar gemacht werden könne. Das sind natürlich Illusionen. (Abgesehen davon, daß die Beteiligung am Koalitionskabinett eher noch vorzuziehen ist, da sie die freie Bestimmung der Kandidaten und ein Minimalprogramm gewährleistet.) Wir wissen es aus jedem Gemeinderat, daß, wenn es darauf ankommt, vor dem Volke Rechenschaft abzulegen, der Sozialdemokrat immer das Schlechte gemacht hat, die Bürgerlichen immer das Gute.

Ein Beispiel? Man nehme nur einmal die eidgenössische Kriegssteuer. Wir haben sie befürwortet. Im parlamentarischen Walzwerk aber ist unterm Druck der stärkern bürgerlichen Kräfte ein Gesetz daraus geworden, das wir am liebsten gar nicht mehr kennen möchten. Man nehme an, ein Sozialdemokrat als Bundesrat hätte das Gesetz lanciert. Bis es die mehrheitlich bürgerlichen Kommissionen, Stände- und Nationalrat passiert haben würde, hätte es auch nicht anders ausgesehen als heute, das Odium des schlechten Gesetzes, das ungebührlich auch die Arbeiter belastet, haftet den Sozialdemokraten z. B. an als «Lex Gustav Müller»!

Ein anderes Beispiel.

Setzen wir voraus, ein sozialdemokratischer Bundesrat hätte am Beamtengesetz mitgearbeitet. Er hätte auch wirklich einige Verbesserungen durchgebracht, im großen und ganzen aber würde natürlich dennoch das heute im allgemeinen nicht befriedigende Gesetz zustande gekommen sein. Nach außen würde das, was der sozialdemokratische Bundesrat erreicht hätte, kaum in Erscheinung treten, am Ganzen aber wäre er mitverantwortlich. Mitgegangen, mitgehangen. Die «Lex Musy» wäre auch die Lex des Sozialdemokraten X.

Das Fabrikgesetz. Der Sozialdemokrat muß als Bundesrat den Artikel betreffend Arbeitszeitverlängerung anwenden. Zehnmal lehnt er die Arbeitszeitverlängerung ab, zwanzigmals muß er sie notgedrungen unter den gegebenen Verhältnissen gewähren. Von den zehnmal meldet kein Heldensang; jede einzelne Arbeitszeitverlängerung aber wird ihm ins Sündenregister gebucht: seht den sozialdemokratischen Bundesrat, auch er ist für die Arbeitszeitverlängerung!

Natürlich wird ein Sozialdemokrat im Bundesrat für die Partei, für einzelne Berufsgruppen etwa von Vorteil sein, sei es als Horchposten, als Fürsprecher von Begehren, selbst als Vorposten für Parteianträge. Aber was er uns ist und was er für die Arbeiterschaft erreicht, kommt propagandistisch viel weniger zur Geltung, als umgekehrt alle damit verbundene Haftung und Belastung, die vor breitem Forum ausgeschlachtet wird.

Man muß sich diese sicher etwas kleinlich-praktischen Dinge vor Augen halten, wenn man uns von der Bundesratsbeteiligung neuen großen Massenzulauf in Aussicht stellt. Man erklärt wohl, daß natürlich auch uns die Möglichkeit der Aufklärung gegeben ist. Aber wenn man auf die Größe unserer Partei anspielt, so muß man doch zugeben, daß diese Größe sich sehr ungleich auf einzelne Kantone verteilt. Wir kommen nur in wenigen Kantonen gegen die bürgerliche Propaganda auf; gerade dort, wo für uns noch Neuland ist, haust der Gegner, ist er am stärksten fundiert. Es kommt nicht von ungefähr, daß gerade zahlreiche *Landsektionen* sich gegen die Bundesratsbeteiligung aussprechen, denn die wissen, wie schwer die Aufklärung des Volkes ist, das von einer bürgerlichen Uebermacht irregeführt wird. Ich möchte sagen, *die Vorteile der Bundesratsbeteiligung wirken sich im kleinen, die Nachteile im großen aus!*

Ich bin überzeugt, aus ähnlichen Gedankengängen heraus kommen gewisse Bürgerkreise zu einer Bejahung der Zulassung der Sozialdemokratie zum Bundesrat. Wir können beobachten, daß jene reaktionären Bürgerkreise, denen wir vorläufig am wenigsten anhaben können, im Vollgefühl ihrer Macht keine Konzession machen möchten. Dagegen sind die freisinnigen und konservativen Gruppen, die an uns Angestellten- und Beamten-schichten zu verlieren haben, bereit, uns einen Sitz zu überlassen. In Basel die «Nationalzeitung», in Bern die Gruppe um Schüpbach, dann «Luzerner Tagblatt» und «St. Galler Tagblatt», auch das «Vaterland» befürwortet eine sozialdemokratische Bundesratskandidatur. Kommt auch das von ungefähr? *Es sind jene Kreise, die von Wahl zu Wahl Stimmen an uns verlieren, die in ihrer Mittelstellung zwischen einer konsequent und unabhängig operierenden sozialdemokratischen Opposition und der wirklich konservativen Masse des Bürgertums mählich aufgerieben werden, und denen eminent viel daran liegt, die Sozialdemokratie mit der Bundesratspolitik belastet zu sehen.* Offener, als das bei uns der Fall ist, versprechen sie sich von unserem Eintritt in den Bundesrat eine *Rechtsentwicklung* der Partei, das geht klar und deutlich aus ihren Presse-Außerungen hervor, der die Erklärungen des «Volks» und anderer Parteiblätter, unser Bundesrat habe den Klassenkampf in den Bundesrat hineinzutragen, nicht ernst nehmen, sondern ganz offen die Erwartung aussprechen, der Klassenkampf werde ge-

mildert und verwischt. Sie kennen eben gut das Gift des Mitregierens und der Mitverantwortung, getreu der alten Erkenntnis: «Jacobin ministre n'est pas ministre Jacobin!»

Gewiß, die Rechtsentwicklung will bei uns niemand. (Aber es würde doch zur Abklärung beitragen, wenn von den Anhängern der Bundesratsbeteiligung zugegeben würde, daß ihrer Ansicht nach die Periode der Propaganda vorbei und die Zeit der Mitarbeit in Regierungen gekommen ist.) Am wenigsten Glauben schenken der Beteuerung, es sei keine Rechtsentwicklung gewollt, die bürgerlichen Befürworter der sozialdemokratischen Bundesratsbeteiligung. Denn sie wissen auch, daß, wenn wir einmal an die Regierungspolitik *gebunden* sind, *zwangsläufig* jene Hemmungen sich einstellen, die die Unabhängigkeit der Opposition untergraben. Es geht uns dann wie dem Arbeiter in der Fabrik: solange er jung und ledig ist, macht ihm ein Hinauswurf weniger aus, er darf forsch auftreten. Mit Familiensorgen auf dem Buckel besinnt er sich schon eher, er wird bedächtiger und nimmt lieber mit dem Batzen vorlieb, als um den Franken zu kämpfen.

Das alles ist weder Feigheit, noch Verantwortungslosigkeit, noch Mangel an Vertrauen zu sich selbst. Es ist nicht Feigheit, wenn man sich nicht mutwillig Gefahren aussetzt. Nicht Verantwortungslosigkeit, wenn man der Verantwortung dort ausweicht, wo man sie überbürdet bekommt, ohne sie im vollen Umfange übernehmen zu können. Nicht mangelndes Vertrauen, wenn man in die Kraft und die Unabhängigkeit der Partei mehr Vertrauen setzt für die Weiterentwicklung als auf einen Bundesratssitz. Eine zwingende Notwendigkeit, sich am Bundesrat zu beteiligen, besteht nicht. Die Partei ist gewachsen und groß geworden ohne Bundesratssitze. Heute nehmen wir schon wahr, daß gewisse Bürgerkreise mit Kummer diese Entwicklung beobachten, die ihnen gefährlich wird. Man lasse ruhig diesen Prozeß weiter reifen, *dann kommt*, ich bin davon überzeugt, *rascher, als wir alle glauben, der Tag*, wo — ich spreche gar nicht vom Bundesratsproporz — *das Bürgertum uns mehr bietet als jetzt, notgedrungen bietet, weil es auf die Dauer nicht eine Massenpartei groß und immer größer werden lassen kann, die außerhalb seiner Regierungspolitik steht.*

Ueber Beteiligung an Exekutivbehörden.

Von Ernst Nobs.

Durch die Ueberschrift schon, die ich diesen Ausführungen voranstelle, möchte ich betonen, daß ich es für nötig halte, die Bundesratsbeteiligung nicht als eine isolierte Frage, sondern